

CETA zerstört die Umwelt und verletzt Rechte indigener Gemeinschaften

von Dietmar Hasse, GfbV-Koordinator für Arktis, Klima und Wälder

Als Menschenrechtler und Umweltschützer sollten wir das kanadisch-europäische Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Free Trade Agreement) verhindern. Hauptgrund für das Abkommen ist meines Erachtens nach der Export von Kanadas dreckigem Erdöl. Bisher war es für Kanada unmöglich, das Teersandöl nach Europa zu transportieren, da es von EU-Richtlinien als besonders dreckig deklariert ist. Heute jedoch spielt die außenpolitische Krise mit Russland den Kanadiern in die Hände. So hat Spanien bereits Teersandöl aus Kanada importiert.

Die zweitgrössten Erdölvorräte der Welt (an Land) nach Saudi-Arabien liegen in der Provinz Alberta: insgesamt 174 Milliarden Barrel, verteilt auf einer Fläche doppelt so gross wie Bayern. Dort wird es jedoch nicht per Pumpsystem gefördert, sondern es ist im Sand gebunden. In circa 30 Meter Tiefe liegen die Vorkommen. Um an das Öl zu gelangen, werden die Wälder abgeholzt, der Heimat von etwa 600 Tierarten und 300 Pflanzenarten. Täglich verschwinden 18 Hektar Wald.

Dann beginnt eine Show der Superlative: Die weltgrössten Bagger beladen die weltgrössten Muldenkipper (jeder einzelne Kipper ist 4 Millionen Euro teuer). Diese Muldenkipper sind mit 4.500 PS ausgerüstet, ihr Gewicht übersteigt das eines Jumbo-Jets und sie können bis zu 400 Tonnen tragen. Mit ihnen wird an 365 Tagen im Jahr, 24 Stunden pro Tag Kanadas Erde zerstört.

Der Ölgehalt im Sand liegt oft unter zehn Prozent. Extraktion heisst das Zauberwort, wo am Ende aus zwei Tonnen Sand ein Barrel Erdöl (159 Liter) entsteht. Täglich gewinnen internationale Firmen so 1,3 Millionen Barrel Erdöl. Der Prozess der Extraktion benötigt allerdings viel Wasser. Schon jetzt verbraucht die Industrie doppelt soviel Wasser wie die Millionenstadt Calgary, die größte Stadt Albertas und viertgrößte Kanadas. Das Wasser wird vom Athabaska, einer der längsten Flüsse in Kanada, entnommen. Im Winter ist er allerdings tief gefroren, nur noch zehn Prozent sind nicht vereist. Trotzdem darf er Tag und Nacht angezapft werden.

In den Anlagen zerlegen heißes Wasser, Chemikalien und Zentrifugen den Ölsand in seine Bestandteile, bis daraus eine zähe, schwarze Masse entsteht: Bitumen. Aber erst durch weitere chemische Prozesse unter Einsatz von Hitze und hohem Druck wird das ,wonach die Welt giert, nämlich Erdöl. Die Rückstände dieses Prozesses sind so giftig, das sie nicht in den Fluss geleitet werden können. In riesigen Auffangbecken staut sich das Gemisch aus krebserregenden Kohlenwasserstoffen und Schwermetallen. Die Erdwälle um die Becken bilden den grössten Stausee der Welt- und täglich kommen 250 Millionen Liter Giftmüll hinzu. Es wird mit Millionen Aufwand geforscht, wie die Abwässer zurückgewonnen werden können, aber der Durchbruch ist noch nicht gelungen... und er wird sehr teuer werden. Schon heute ist die Ölschlickdepos 176 Quadratkilometer groß – das reicht, um die Stadt Köln drei Meter hoch zuzuschütten.

**Nichtregierungsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat
der VEREINTEN NATIONEN (UN) und mitwirkendem Status beim EUROPARAT**

Die Sorge um die fehlenden Möglichkeiten zur Beseitigung der giftigen Überreste stören die beteiligten Firmen nicht. Die internationalen Ölkonzerne Exxon (USA), BP (England), Shell (Niederlande) und Total (Frankreich) investierten bereits 100 Milliarden Dollar in die Förderung des Teersandöls. In den nächsten 25 Jahren sollen nochmals insgesamt 364 Milliarden Dollar investiert werden. Da stört es natürlich, wenn das gewonnene Öl nicht auf den europäischen Markt verkauft werden kann. So meinte David Freeman vom Amerikanischen Ölverband (AFPM): "Die EU-Qualitätsrichtlinie zwingt Kanada zu genauen Deklarationen des Erdöls aus Teersand. Dies ist Handelshemmnis." Auch der kanadische Finanzminister Joe Oliver hält die Bedenken der Europäer für übertrieben: "Durch die EU-Klassifizierung wird Kanadas Öl gefährlicher gemacht als es ist."

Noch ist die EU gegen dieses Öl, aber die Ukraine-Krise lässt viele Politiker schwanken. Um die Energieversorgung der EU zu sichern, fangen Teilnehmer der Delegation, die CETA mit den Kanadiern aushandeln sollen, an, die Linie Kanadas zu vertreten. Andere Delegierte der EU hatten in den Verhandlungen über CETA zwar Bedenken gegen den Import von Öl aus Teersanden geäußert, sie jedoch zurückgezogen, nachdem Kanada noch unter Premier Stephen Harper mit Schadensersatzklagen wegen Diskriminierung gedroht hatte. Und die Ölkonzerne scheinen schon davon auszugehen, dass das CETA-Abkommen beschlossen und somit der Weg für Teersandöl in der EU frei wird: Exxon steckte bereits eine Milliarde Dollar in den Umbau seiner Raffinerie in Antwerpen, um das zähflüssige Öl dort verarbeiten zu können.

Diese teuren Investitionen sollen sich natürlich auszahlen. Schon in zwei Jahren könnte, so die Zeitung "Oilsandsreport", 500.000 Barrel Erdöl pro Tag von Kanada aus in alle Welt verschifft werden. Aus diesem Grund wird im Ort in Churchill an der Hudson Bay ein Ölterminal erbaut. Das soll den Transportweg nach Rotterdam verkürzen, von wo aus das Öl in die anderen Länder der EU transportiert werden kann.

Bevor das Erdöl nach Europa verschifft werden kann, muss es eine weite Strecke von Alberta zur Hudson Bay per Zug zurücklegen. Die amerikanische Transportfirma Omnitrac hat dafür bereits den Bahnhof in Churchill und das gesamte Schienennetz zwischen Churchill und dem Epizentrum der Ölindustrie in Alberta, Fort McMurray, gekauft. Eben jenem Ort, der durch furchtbare Waldbrände im Mai 2016 treaurige Berühmtheit erlangte. Den Kauf des Schienennetzes ließ sich Omnitrac von der kanadischen Regierung subventionieren. Doch der Transport mit dem Zug könnte verheerend für die Umwelt sein. Die Schienen verlaufen auf Permafrostboden, der aufgrund des Klimawandels mittlerweile in den Sommermonaten auftaut. Die Schienen sind schief und die durchweichten Holzschwellen werden, laut einer Umweltschützerin der First Nations, ganz einfach umgedreht. Ein Güterzug mit Weizen ist schon entgleist, nicht vorstellbar, was passiert, wenn so ein Zugunglück mit vollen Öltanks passiert.

Die First Nations haben bereits Maßnahmen gegen den Transport auf Schienen unternommen. Sie wollen ein Schutzgebiet für Eisbären in der Größe von 1.500 Quadratkilometer einrichten. Und auch die Provinzregierung von Manitoba, durch die Öltransporte gehen, hat diese bereits untersagt. Wenn der Hafen in Churchill als Umschlagplatz für das Teersandöl nach Europa genutzt werden würde, müsste sich Omnitrac für jeden Transport in Zukunft eine Genehmigung einholen.

**Nichtregierungsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat
der VEREINTEN NATIONEN (UN) und mitwirkendem Status beim EUROPARAT**

Um diesem Problem zu entgehen, soll das Öl aus Albertas Teersandfeldern nun mit der Energy-East-Line-Pipeline über 4.600 Kilometer an die Küste transportiert und dort raffiniert werden. Die Pipeline wird über das Land zahlreicher indigener Gemeinden führen, die allesamt das Projekt ablehnen. Sie fürchten u.a., dass Lecks in der Pipeline über eine so lange Strecke nicht schnell genug aufgespürt werden und die Natur vergiftet wird.

First Nations – Ölsand

Fort McMurray war vor zehn Jahren ein verschlafenes Kaff inmitten der kanadischen Wildnis. Heute ist es Epizentrum der Ölindustrie. Die Einwohnerzahl hat sich mehr als verdoppelt. Menschen aus 70 Nationen leben hier, mit dem entsprechenden Land- und Ressourcenverbrauch. Im Volksmund heißt die Stadt "Fort McMurray". 300 Kilometer entfernt von Fort McMurray liegt die indianische Siedlung Chipewyan. Hier leben etwa 1.200 Menschen, hauptsächlich vom Volk der Cree First Nations. In den vergangenen Jahren sind in ihrer Gemeinschaft rätselhafte Krebserkrankungen wie Gallengangkrebs, der normalerweise einen Menschen von 100.000 trifft, gehäuft aufgetreten. Mittlerweile sind schon fünf Einwohner von Chipewyan an dem Krebs gestorben.

Wie allen Ureinwohnern ist auch den Cree die Natur heilig. Sie leben von der Jagd und vom Fischfang. Seit der Ansiedlung der Industrie ist die Natur jedoch aus den Fugen geraten. Im Mündungsdelta des Athabaska Rivers, wo er flach wird und langsam fließt, lagern sich die Schwermetalle und andere Gifte ab. Dort aber fischen die Menschen. Doch seit einiger Zeit fangen sie Fische mit dicken Buckeln, mit unnatürlich großen Augen und verschiedenen anderen Deformationen. Das örtliche Gesundheitsamt schränkte mittlerweile den Verzehr von Zandern wegen zu hohem Quecksilbergehalt stark ein. Zudem stellte Dr Colmar, Amtsarzt der Regierung von Alberta, eine siebenfach höhere Anzahl an Krebserkrankungen als in anderen Gegenden Kanadas fest. Die Regierung konterte und verkündete, dass die Einwohnerzahl zu gering sei, um verlässliche Werte zu bekommen. Die First Nations vom Stamm der Athabaska Chipewyan und Mikisew Cree hingegen fordern eine umfassende öffentliche Untersuchung und misstrauen den bisherigen Untersuchungen. Zudem ergab 2010 eine Studie, dass tatsächlich die Ölsandproduktion den Fluss verschmutzt hat. Also nicht – wie von der Regierung behauptet – natürliche Ursachen Schuld sind. Die Verschmutzung beinhaltet auch Quecksilber und Blei.

Im gleichen Jahr wurden die Bedenken gegen den Teersandabbau vor die Nationale Versammlung der First Nations (Assembly of First Nations, AFN) gebracht. Diese repräsentiert über 630 Gemeinden mit mehr als 700.000 Menschen. AFN-Chief Shawn A-in-chut Atleo erwähnte speziell die hohen Krebsraten in Fort Chipewyan. Die Chiefs zeigen sich besorgt, denn im nördlichen Alberta sind weitere Gemeinschaften vom Ölsandabbau betroffen. Gerade hier aber brauchen sie Land, Wasser und Wildtiere für Jagd, Fischen, Fallenstellen, Sammeln, Ernte, Orientierung, Zeremonien, Erholung und alltägliche Bedürfnisse wie Kochen und Trinken. Die Chiefs forderten deswegen ein Moratorium bezüglich der Ölgewinnung bis eine umfassende Regulierung aufgestellt wurde. Auch verlangten sie von der Regierung, umfassender informiert zu werden. Zudem stellten

**Nichtregierungsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat
der VEREINTEN NATIONEN (UN) und mitwirkendem Status beim EUROPARAT**

sie fest, dass die Regierungen von Alberta und Kanada ihre Rechte verletzt haben. Seitdem versuchen die First Nations verstärkt, juristisch ihre konstitutionell gesicherten Rechte einzufordern. Die First Nations werfen der Regierung vor, zu versagen und ihren heiligen und lebenswichtigen Lebensraum nicht ausreichend zu schützen. Sie wollen eigene unabhängige Studien in Auftrag geben. Denn sie haben es satt, auf die Regierung zu warten. Sie nehmen ihr Schicksal nun selbst in die Hand.

**Nichtregierungsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat
der VEREINTEN NATIONEN (UN) und mitwirkendem Status beim EUROPARAT**

Arbil - Belgrad - Bern - Bozen - Göttingen/Berlin - London - Luxemburg - New York - Priština – Sarajevo/Srebrenica - Wien